

# Pressemitteilung

## Abteilung für Kommunikation

Ref: 435d09

Tel. +33 (0) 3 88 41 25 60

Fax +33 (0) 3 88 41 39 11

Internet: [www.coe.int/de](http://www.coe.int/de)

e-mail: [pressunit@coe.int](mailto:pressunit@coe.int)



### 47 Mitgliedsstaaten

Albanien  
Andorra  
Armenien  
Aserbaidschan  
Belgien  
Bosnien und Herzegowina  
Bulgarien  
Dänemark  
Deutschland  
"Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien"  
Estland  
Finnland  
Frankreich  
Georgien  
Griechenland  
Irland  
Island  
Italien  
Kroatien  
Lettland  
Liechtenstein  
Litauen  
Luxemburg  
Malta  
Moldau  
Monaco  
Montenegro  
Niederlande  
Norwegen  
Österreich  
Polen  
Portugal  
Rumänien  
Russland  
San Marino  
Schweden  
Schweiz  
Serbien  
Slowakei  
Slowenien  
Spanien  
Tschechische Republik  
Türkei  
Ukraine  
Ungarn  
Vereinigtes Königreich  
Zypern

## Ministerkonferenz in Reykjavik legt Aktionsplan für künftige Arbeit des Europarates in den Bereichen Medien und Internet fest

Reykjavik, 29.05.2009 - Minister und Vertreter der 47 Mitgliedstaaten des Europarates haben am 29. Mai einen Aktionsplan verabschiedet, der die Richtung für die künftige Arbeit der Organisation in den Bereichen Medien und Internet vorgibt.

In einer bei dieser ersten Europarats-Konferenz der für Medien und neue Kommunikationsdienste zuständigen Minister in Reykjavik verabschiedeten politischen Erklärung wird festgestellt, dass der Europarat den Medien-Begriff erörtern und gegebenenfalls überarbeiten möge, um so Kriterien festzulegen, die es erlauben, Medien oder medienähnliche Dienste von den neuen Formen privater Kommunikation zu unterscheiden.

Die Minister ersuchten die Organisation, im Einvernehmen mit den maßgeblichen Interessensvertretern zu ermitteln, ob die für herkömmliche Medien gültigen Standards der Meinungs- und Informationsfreiheit auch auf neue Medien und Internetdiensteanbieter Anwendung finden sollen, oder ob in den genannten Bereichen neue Standards entwickelt werden müssen. Die Minister nannten im Bereich herkömmliche Medien vor allem das Prinzip der Selbstregulierung als wichtigste Form der Garantie für die Einhaltung der geltenden Standards der Meinungs- und Informationsfreiheit. Sie betonten ebenfalls, dass neue Dienstleistungsanbieter – u.a. ISPs, Informationen und Inhalte aufarbeitende Aggregatoren, Suchmaschinen, usw. – gezielt auf ihre Rechte und Pflichten hingewiesen werden müssen.

Die Minister verabschiedeten bei der Konferenz Entschlüsse über den neuen Medienbegriff, über kritische Internetressourcen, und über den Schutz der Meinungs- und Informationsfreiheit im Zusammenhang mit Gesetzen zur Terrorismusbekämpfung.

Die Minister vereinbarten, die in den Mitgliedsstaaten geltenden Gesetze und Vorschriften zur Terrorbekämpfung regelmäßig dahingehend zu überprüfen, ob mögliche Auswirkungen auf die Meinungs- und Informationsfreiheit nicht im Widerspruch zu den Vorgaben des Europarates stehen, im Besonderen nicht mit der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte<sup>1</sup>.

Die Minister stellten fest, dass in Einzelfällen die Veröffentlichung und Verbreitung spezifischer Informationen nicht angebracht erscheinen mag, vor allem wenn es konkret darum geht, terroristische Akte im Zusammenhang mit laufenden Ermittlungen zu verhindern, oder auch darum, Opfer oder laufende Verfahren zu schützen. Dennoch darf im Allgemeinen „das Berichten über Terrorismus nicht mit Unterstützung des Terrorismus gleichgesetzt werden“. Die Minister betonten ihre Sorge, dass in einzelnen Mitgliedsstaaten gewisse die Meinungs- und Informationsfreiheit beschränkende Antiterror-Gesetze „zu weitreichend formuliert sind, den freien Ermessensspielraum der

<sup>1</sup>. Die Russische Föderation stimmte allen verabschiedeten Texten mit Ausnahme dieses einen Vorhabens zu.

# Pressemitteilung

---

Behörden nur ungenau abgrenzen, oder über keine Verfahrensgarantien verfügen, die einen Missbrauch verhindern könnten.“

In Bezug auf das Internet forderten die Minister staatliche und nichtstaatliche Stellen auf, neue Möglichkeiten zu finden, wie mit kritischen Internetressourcen im Interesse der Öffentlichkeit im Sinne einer Bereicherung umzugehen sei. Dabei sei auch die Schaffung eines internationalen Rechtsinstruments zu überlegen. Die Minister ersuchten den Europarat abzuklären, ob ein Abkommen zum erweiterten Schutz des grenzüberschreitenden Internetdatenverkehrs machbar erscheint. Schließlich forderten sie den Europarat noch auf, dauerhafte Vorkehrungen für die Durchführung europaweiter Internet Governance Veranstaltungen zu treffen.

Bei der Konferenz unter dem Motto „Ein neuer Medienbegriff?“ handelte es sich um eine Gemeinschaftsveranstaltung des Europarates mit dem isländischem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur.

## [Politische Erklärung und Entschlüsse\[n\]](#)

Praktische Hinweise:

Die Videoaufzeichnungen der Konferenzsitzungen sind im Internet unter [www.ministerialconference.is](http://www.ministerialconference.is) abrufbar

Kontakt für weitere Informationen: Jaime Rodriguez (Tel. +33 3 89 99 50 42; [jaime.rodriguez@coe.int](mailto:jaime.rodriguez@coe.int))